Was Trumps Tunnelblick entgeht

Die Europäer merken, dass Lamentos und Wutausbrüche über die Inkompetenz der US-Regierung nichts bringen und sie anders agieren müssen

Eine der weltweit bedeutendsten Sicherheitskonferenzen, die „GlobSec 2026“, mit 2000 Beteiligten fand kürzlich in der tschechischen Hauptstadt Prag statt. Nur die Münchener Sicherheitskonferenz ist noch größer. Unter dem etwas trockenen Titel „Die weltweite systemische Transformation“ diskutierten unter anderem ein paar Dutzend Premier- und Außenminister und auch einige Staatsoberhäupter über die komplizierten geopolitischen und technologischen, aber auch die vielen militärischen Probleme, mit denen die Welt derzeit konfrontiert ist. Durch Generalleutnant Michael Vetter war das deutsche Verteidigungsministerium mit einem der ranghöchsten Bundeswehr-Offiziere vertreten.

Auch wenn gelegentlich ein etwas forciert wirkender Optimismus zu hören war, wie etwa in einer Diskussion mit den Außenministern Deutschlands und Polens, Johann Wadephul (CDU) und Radoslaw Sikorski, fiel die Bilanz der Vorträge und Meetings im kleineren Kreis insgesamt ernüchternd aus. Kurzinterviews mit prominenten Politikern, organisiert vom Magazin „Politico“, in der „Speakeasy-Ecke“ des Kongresses machten nicht zuletzt die vielen innenpolitischen Probleme deutlich, mit denen sich etwa der tschechische Präsident Petr Pavel oder die moldauische Präsidentin Maia Sandu konfrontiert sehen. Beide berichteten von massivem russischen Einfluss auf ihre Länder. Litauens Außenminister Kestutis Budrys und seine rumänische Kollegin Oana-Silvia Toiu drückten ihre tiefen Sorgen aus über die beinahe täglichen Cyberangriffe auf ihre Länder. Von der jüngsten russischen Drohnenattacke konnte Toiu zu diesem Zeitpunkt noch nicht wissen.

In zahlreichen Vorträgen und Diskussionsbeiträgen stand die Politik der USA im Mittelpunkt. Doch einen Repräsentanten der Trump-Regierung suchte man vergebens. Weder das State Department noch das Verteidigungsministerium waren in Prag vertreten. Nur ein paar wenige ehemalige US-Botschafter und Ex-Politiker, die mit Trump nichts am Hut haben, waren gekommen. Die ganz auf sich fixierte US-Führung hat wenig Interesse an der Auseinandersetzung mit ihren europäischen Kollegen. Dabei hätte sie von der GlobSec 2026 wichtige Erkenntnisse mitnehmen können, speziell zu vier Themen.

1. Europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik

Im vorigen Jahr haben die Europäer gemeinsam über 370 Milliarden Euro für ihre Rüstung ausgegeben. Das sind 20 Prozent mehr als noch 2024. Angesichts dieser enormen Investitionen, freilich mehrheitlich durch Schulden finanziert, haben die europäische und auch die deutsche Rüstungspolitik derzeit keine Geldsorgen. Vielmehr können sie die Kapazitäten nicht schnell genug ausbauen. Die europäische Rüstungsindustrie hat ein klares Produktionsproblem.

KLAUS LARRES
ist Professor für Geschichte und internationale Beziehungen an der University of North Carolina/Chapel Hill. In seiner Kolumne schreibt der gebürtige Schleidener über die USA als Wahlheimat und liebstes Forschungsgebiet

Die durchschnittliche Lieferzeit vieler Rüstungsgüter liegt bei über 5 Jahren. Die Europäer versprachen der ukrainischen Regierung beispielsweise schon vor einigen Jahren, mehr als eine Million Artilleriegranaten pro Jahr herzustellen. Derzeit können sie maximal die Hälfte produzieren. Viele GlobSec-Teilnehmer schlugen vor, dass die EU-Regierungen schon jetzt Bauland für Waffenschmieden erwerben sollten. Im Bedarfsfall ließe sich der Bau neuer Fabriken dann innerhalb von zwölf Monaten bewerkstelligen.

Der Ukrainekrieg demonstriert, dass die moderne Kriegführung vor allem auf industriellen Leistungen, schneller technologischer Anpassung und kontinuierlicher Innovation basiert. Mittlerweile kann die Ukraine pro Jahr zehn Millionen Drohnen selbst herstellen und ist so ein gutes Stück unabhängiger von den USA geworden. Die Ukraine ist damit zu einem wichtigen Teil der europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik geworden. Europa, so der Befund auf der GlobSec-Konferenz, könne auf die operativen Erfahrungen der Ukraine auf dem Schlachtfeld und ihre innovativen Rüstungsanstrengungen nicht verzichten. Es ist daher überlegenswert, ob der Ukraine nicht doch über kurz oder lang die Mitgliedschaft in der Nato, aber auch in der EU ermöglicht werden sollte.

2. Irankonflikt

Viele Diskussionen auf der GlobSec-Konferenz drehten sich um den Iran-Krieg der USA und Israels. Weitgehend Konsens war, dass sich die EU mehr als bisher um die Region kümmern müsse und sich an Lösungsversuchen zur Beilegung des Kriegs und Öffnung der Straße von Hormus beteiligen solle. Es reicht nicht, immer wieder zu betonen, dass die USA den Krieg nie hätten beginnen sollen. Und es ist nicht genug, mit dem Einsatz der maritimen Schutzinitiative der Europäer, getragen vor allem von London und Paris, bis nach dem Ende des Kriegs zu warten.

Bisher ist China der strategische Gewinner von Trumps verfehlter Nahostpolitik. Die USA werden gerade auch in der nichtwestlichen Welt immer mehr als chaotischer Unruheherd und Verursacher von Krieg und Instabilität gesehen, während sich China als vermeintlicher Pol der Stabilität und Verlässlichkeit in Position bringen kann. Die Europäer müssen sich daher endlich aktiv an der Beilegung des Konflikts beteiligen und den USA aus der Patsche helfen – ganz unabhängig davon, wie sehr sie Trumps Politik ablehnen.

3. Energiemärkte und kritische Mineralien

Auch den Themen Energie und kritische Rohstoffe wurde in Prag besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Immerhin sind die Energiepreise in Europa durchschnittlich etwa vier bis fünf Mal so hoch wie in den USA. Weitgehende Übereinstimmung bestand darin, dass die vormalige Abhängigkeit von Russland nicht durch eine neue Abhängigkeit von China ersetzt werden darf. Peking kontrolliert weltweit mehr als 70 Prozent der Anlagen zur Raffinierung der für die Auto-, Elektronik- und Rüstungsindustrie so wichtigen Seltenen Erden und ist auch federführend bei den Lieferketten für neue, saubere Technologien. Hier muss die EU dringendst eigene Kompetenzen entwickeln und eigene Raffinerien bauen.

4. Neue Technologien

Bis 2030 wollten die Europäer einen Anteil von 20 Prozent am globalen Markt für Halbleiter halten, doch werden sie wohl höchstens zwölf Prozent erreichen. Den enormen, meist privaten Investitionen in den USA und Asien, nicht zuletzt in Taiwan und Südkorea, hat die EU kaum etwas entgegenzusetzen. Auch bei Künstlicher Intelligenz (KI), Cybersicherheit und angesichts der entstehenden riesigen Dateninfrastruktur in den USA und anderswo sehen die Europäer schlecht aus. Während die USA bisher mehr als 40 KI-Grundlagenmodelle entwickelt haben und China immerhin 15, steuert Europa lediglich drei bei, obwohl hier – pro Kopf der Bevölkerung - 30 Prozent mehr KI-Forscher arbeiten als in den USA. Die EU sollte daher vor allem versuchen, in den Bereichen stärker mitzumischen, wo sie (noch) konkurrenzfähig ist, etwa bei der Herstellung von Hardware, hochwertigen Verpackungsmaterialien, winzigen spezialisierten Halbleiter-Bausteinen (Chiplets) und Design-Kapazitäten für Chips.

Insgesamt: Europa muss pragmatischer und kreativer werden, und das schnell. Das Lamento über verpasste Gelegenheiten und Wutausbrüche über die enorme Inkompetenz der Trump-Administration sind emotional entlastend, bringen aber sonst nichts.